

Es fehlt eine halbe Million

Paradise War Der Spielfilm über Bruno Manser hat das Budget gesprengt. Basel soll helfen

VON CHRISTIAN MENSCH

Filmproduzent Valentin Greutert war Gymnasiast in Liestal, als Bruno Manser die Klasse besuchte. Der Mann sei ihm als Freak vorgekommen, erinnert sich Greutert an seine Schulzeit. Er habe ihn danach vergessen, bis der Umweltaktivist 2000 in den Regenwäldern von Malaysia spurlos verschwand. Später habe er von ihm geträumt. Aus dem Traum ist nach elfjähriger Vorbereitung ein Spielfilm geworden. Fertig ist dieser noch nicht. Die Filmsequenzen sind zwar abgedreht, das Material muss jedoch geschnitten und die Postproduktion finanziert werden. Dafür fehlt es an Geld.

Es ist nicht der erste Film über Manser. Der Basler Ethnologe hatte selbst die Wirksamkeit des Mediums erkannt und mit den Dokumentarfilmen «Blasrohre gegen Bulldozer» (1988) und «Tong Tana - Eine Reise ins Innere Borneos» (1989) Werbung für seinen Kampf gegen die Abholzung des Regenwalds und für den Volksstamm der Penan gemacht. 2005 wurde Manser amtlich für tot erklärt. Kurz darauf erschien der Dokumentarfilm «Bruno Manser - Laki Penan» (2007). Zuletzt war in ausgewählten Kinos die skandinavische Produktion «The Borneo Case» (2017) zu sehen. Ein Hollywood-Studio hatte sich 1994 die Spielfilmrechte gesichert. Daraus wurde aber nichts. Mit ideeller Unterstützung der Familie und des Bruno Manser Fonds (BMF) soll nun im kommenden Jahr Greuterts Werk «Paradise War» in der Regie von Niklaus Hilber in die Kinos kommen.

Aktives Politlobbying

Vor zwei Jahren wurde das Filmprojekt an einer Medienkonferenz angekündigt. Es war die Rede von fünfzig Drehtagen und einem Budget von 4,6 Millionen Franken. Die Umstände im Dschungel von Borneo zeigten sich bei den Dreharbeiten aber widriger als befürchtet. Es regnete ohne Unterlass, die Crew holte sich Fussinfektionen, ein Baum krachte auf einen Unterstand und zerstörte einen Teil des Equipments. Die Zahl der Drehtage stieg auf über siebzig, das Budget auf 5,7 Millionen Franken. Greutert sagt, die Finanzierungslücke betrage knapp eine halbe Million Franken. Weitere rund 300 000 Franken wären nötig, um nicht eine gesprochene Defizitgarantie nutzen zu müssen.

Aufgefordert, sich an der Restfinanzierung zu beteiligen, ist auch Basel-Stadt. Motiviert vom Manser-Erbverwalter Kaspar Müller sowie von LDP-Nationalrat Christoph Eymann hat Grossrätin Patricia von Falkenstein gestern eine Interpellation eingereicht. Sie fragt die Regierung, ob für das



Szene aus dem Film «Paradise War» mit dem Manser-Darsteller Sven Schelker

SCENENBILD/THOMAS WÜTHRICH



«Bruno Manser ist für Basel eine wichtige Figur.»

Patricia von Falkenstein
LDP-Grossrätin

Filmprojekt nicht weitere Mittel, etwa aus dem Swisslos-Fonds oder vom Kompetenzkonto der Regierung, gesprochen werden könnten. «Schliesslich ist Bruno Manser für Basel eine wichtige Figur», sagt von Falkenstein.

Aus der Region sind schon grössere Geldbeträge geflossen. Die Christoph Merian Stiftung brachte 200 000 Franken auf. Als Schwerpunktprojekt unterstützten die beiden Basel aus den jeweiligen Swisslos-Fonds den Film mit 380 000 Franken; zwei Drittel steuerte die Stadt, ein Drittel der Landkanton bei. Die staatliche Gutschrift hatte zu einer politischen Kurzdiskussion geführt, ob es zulässig sei, mit Basler Fördermitteln eine Zürcher Produktionsfirma zu finanzieren. Die Basler Filmverantwortliche Katrin Grögel erklärte gegenüber der «Tageswoche» jedoch die Unbedenklichkeit sowie die Absicherung: Es gehöre zu den Vergabebedingungen, dass 120 Prozent der ausbezahlten Fördermittel in der Region Basel ausgegeben werden müssen. Da ein Teil der Beteiligten hier wohne und zudem auch in Mansers Heimatstadt gedreht wurde, sei diese Vorgabe erfüllt. Und wenn nicht, könnten die Mittel zurückgefordert werden.

Ob Basel auf von Falkensteins Politlobbying hin weiteres Geld sprechen wird, ist offen. Sicher ist jedoch, dass die Stadt gar

nicht rasch genug wird reagieren können. Die Zürcher Produktionsfirma A Film Company AG hat sich lediglich bis dieses Monats Zeit gegeben, um in Verhandlungen die Finanzierungslücke zu schliessen. Lässt sich die Frist nicht einhalten, wäre der Zeitplan bis zur Premiere gefährdet.

Eine Premiere als Belohnung

Mit unsicherer Finanzierung zu arbeiten, gehört für Filmemacher zum Alltäglichen. Greutert gibt sich deshalb gelassen, dass sich die restlichen Geldmittel finden. Verglichen etwa mit Bauprojekten sei der Kostensprung nicht besonders gross. Mit dem Film werde zudem Pionierarbeit geleistet, sagt Greutert. In einem aufwendigen Casting hätten sich 400 Stammesmitglieder der Penan für eine Rolle beworben. 15 Personen seien für die Aufnahmen geschult worden. Und als ein zweiminütiger Promostreifen während den Filmfestspielen in Cannes präsentiert wurde, habe die Kinobranche grosses Interesse gezeigt. Greutert sagt: «Es ist ein Film ohne Stars, der aber auf einer wahren Geschichte beruht und ein breites Publikum anspricht.»

Sollte Basel kein zweites Mal den grossen Geldbeutel öffnen, schlägt von Falkenstein eine Schmalbudget-Variante vor: Vielleicht lasse sich mit einer Kostenbeteiligung hier die Filmpremiere organisieren.

NACHRICHTEN

LETZTE LEGISLATUR

Dominique König-Lüdin verlässt den Grossen Rat

Dominique König-Lüdin tritt per Ende Juni aus dem Grossen Rat zurück. Dies teilte Grossratspräsident Remo Gallacchi am Dienstag in einem Schreiben mit. König möchte ihren Platz einer nachrückenden Person zur Verfügung stellen, da sie sich wegen der Amtszeitbeschränkung in ihrer letzten Legislatur befinde, heisst es in dem Schreiben. Von 2009 bis 2013 präsidierte Dominique König die Geschäftsprüfungskommission. Weiter engagierte sie sich unter anderem während mehrerer Jahren in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission. (BZ)

FALSCHER ANZEIGE

Jugendlicher gibt sich als Opfer aus

Wegen einer falschen Anzeige hat ein jugendlicher ein Verfahren der Basler Jugendanwaltschaft am Hals. Der 15-Jährige hatte angegeben, bei einem Raubversuch von jungen Männern angegriffen worden zu sein. Tatsächlich habe er sich jedoch mit einem andern Jugendlichen gestritten. Nun habe die Jugendanwaltschaft gegen den aus Sri Lanka stammenden Burschen ein Verfahren wegen Irreführung der Rechtspflege eröffnet, teilte die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt am Dienstag mit. Die Geschichte mit dem Angriff hatte sich der Jugendliche gemäss der Mitteilung ausgedacht, um gegenüber seinen Eltern die leichten Verletzungen zu rechtfertigen, die er beim Streit erlitten hatte. (SDA)

RECHTSSTREIT

Telebasel verklagt die «Basler Zeitung»

Der lange Streit geht in die nächste Runde. Es war am 22. Februar, als die «Basler Zeitung» einen Artikel über Telebasel publizierte, der dem Sender unterstellte, «von der Regierung gesteuert» zu werden. Telebasel sieht sich seit zwei Jahren als Opfer einer Kampagne der BaZ. Wie der Sender am Dienstag mitteilte, könnten «diese und weitere Unwahrheiten» nicht akzeptiert werden. Eine superprovisorische Verfügung wurde vom Zivilgericht erlassen und nach einer Verhandlung anfangs März bestätigt. Eine aussergerichtliche Einigung habe nicht erreicht werden können, schreibt der Sender in seiner Mitteilung. «Gespräche mit der Redaktion der Basler Zeitung mit dem Ziel, den Konflikt gütlich beizulegen, sind leider an deren ungenügenden Angeboten gescheitert», heisst es weiter. Deshalb habe die Stiftung beschlossen, mit Ablauf der vom Gericht gesetzten Frist am 4. Juni 2018 die ordentliche Klage einzureichen. (BZ)

10 Millionen für den «letzten Puzzle-Stein»

Alarmzentralen Nach dem Spiegelhof muss nun auch der Lützelhof für Feuerwehr und Sanität umgerüstet werden

Für die neue Einsatzzentrale der Basler Feuerwehr und der Basler Sanität soll das Lützelhof-Gebäude aufgestockt, verstärkt und ausgebaut werden. Die Regierung beantragt dafür 10 Millionen Franken beim Parlament. Das Bauprojekt ist Teil einer 2016 aufgelegten Reorganisation.

Die heute fünf teils nicht kompatiblen Einsatzzentralen (EZ) der Basler Blaulichtorganisationen sollen zu zwei redundanten EZ zusammengelegt werden. Jede der beiden könnte im Notfall die Arbeit der anderen übernehmen. Die Sanität-EZ ist an der Hebelstrasse, jene der Feuerwehr am Schützengraben im Lützelhof. Für die Polizei-EZ im Spiegelhof hatte der Grosse Rat 49,6 Millionen im 2016 bewilligt.

Erdbebentüchtig ist er

Der Lützelhof war als Feuerwehrstandort schon erdbebentüchtig worden. Nun soll der Bau ein zusätzliches Stockwerk erhalten, wobei der Gesamtbau dann erneut für Erdbeben fit

gemacht werden muss. Zudem wird unter anderem im Untergeschoss ein Rechnerraum eingerichtet, und die Notstromversorgung wird aktualisiert.

Die Regierung nennt den gestern Dienstag verabschiedeten Lützelhof-Ratschlag den «letzten Puzzle-Stein» auf dem Weg zur Umsetzung ihrer EZ-Strategie. Mit den 10 Millionen reizt sie den vor zwei Jahren angekündigten Kostenrahmen aus. Beide künftigen EZ sollen einander bei einem Notfall funktional voll ersetzen können.

Die EZ der Blaulichtorganisationen sind in Basel-Stadt schon seit rund 17 Jahren Thema. Bevor sich die Regierung auf die neue Zwei-Zentralen-Strategie einigen konnte, wurden diverse Varianten geprüft; auch eine einzige gemeinsame EZ im Zeughaus, wozu auch das Polizeikommando ziehen wollte. Sind die beiden neuen EZ ab 2021 in Betrieb, sollen die heute betriebenen der Sanität und der Krisenorganisation sowie die Verkehrszentrale aufgehoben werden. (SDA/BZ)

Koran-Verteilaktionen sind aus Region bereits verbannt

Extremismus Während der Bund ein Verbot der Organisation «Lies!» anstrebt, scheinen die beiden Basel das Problem bereits gelöst zu haben.

VON DANIEL BALLMER

Der Bundesrat lässt über seine Vorbehalte keine Zweifel offen: Er begrüsse und unterstütze weiterhin alle Anstrengungen der zuständigen Behörden in Kantonen und Gemeinden, um die Koran-Verteilaktionen der Organisation «Lies!» zu verhindern - etwa durch das Verweigern von Bewilligungen. Für die Landesregierung ist es «wahrscheinlich, dass die Kampagnen zu Radikalisierung und Rekrutierung für dschihadistisch motivierte Reisen beitragen». Die beiden Basel haben schon vor längerem reagiert. Im letzten Herbst hatte die Baslerbieter Regierung den Gemeinden empfohlen, auf ihrem Boden keine «Lies!»-Aktionen mehr zuzulassen, da von einer verfassungs-

feindlichen Einstellung auszugehen sei. Bereits ein Jahr zuvor hatten die Basler Behörden angekündigt, die Schraube anzuziehen. Mit dem Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes kann bei Standaktionen das Meldeverfahren in ein «vereinfachtes Bewilligungsverfahren» umgewandelt werden. Die Hürden wurden so erhöht. Auch kann eine Bewilligung entzogen werden.

«Abschreckende Wirkung»

Das Vorgehen scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein: Während in den Jahren 2013 oder 2014 auf Basler Boden noch zwölf beziehungsweise elf Koran-Verteilaktionen stattfanden, gingen in den Folgejahren keine Meldungen mehr ein. «Es ist möglich, dass das Verfahren eine abschreckende Wirkung entfaltet hat», sagt Daniel Hofer vom zuständigen Bau- und Verkehrsdepartement. Nachweisen lässt sich das allerdings nicht. Dennoch sehen die Basler Behörden vorderhand keinen dringlichen Handlungsbedarf mehr.

Weitergehen möchte dagegen das Bundesparlament. Ursprünglich hatte

der Nationalrat ein Verbot von «Lies!» gefordert. Er nahm eine Motion des Solothurner SVP-Nationalrates Walter Wobmann an. Gestern nun aber hat das Parlament beschlossen, die Behandlung des Vorstosses zu sistieren. Erst will es die geplanten Gesetzesbestimmungen zur Terrorismusabwehr abwarten. Heute seien die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot von «Lies!» ungenügend, erklärte SVP-Verteidigungsminister Guy Parmelin. Der Bundesrat hat aber bereits diverse Gesetzesänderungen in die Wege geleitet. Zum einen will er das strafrechtliche Instrumentarium verschärfen. Zum anderen soll die Polizei ausserhalb von Strafverfahren mehr Mittel gegen sogenannte Gefährder erhalten. Diese Gesetzesänderungen will das Parlament abwarten.

Möglich ist aber heute ein Tätigkeitsverbot für Personen, die sich an Koran-Verteilaktionen beteiligen, wenn dadurch eine Bedrohung entsteht. Der Nachrichtendienst prüft, ob Personen diese Voraussetzungen erfüllen, und beantragt gegebenenfalls Verbote.

ANALYSE zum Widerstand gegen die Salzgewinnung unter der Rütihard

Darum gibt Muttenz seine Lunge nicht her

Schweizer Salzgewinnung bis zum Ende des Jahrhunderts sichergestellt, titelten die Schweizer Salinen im Mai 2017 auf ihrer Website. In den Zeitungen war die Neuigkeit bloss eine kurze Meldung wert. Nichts deutete damals daraufhin, dass ein Landwirt der Saline Schweizerhalle die Suppe versalzen könnte. Zum ersten Mal in der 180-jährigen Salzabbau-Geschichte im Baselbiet und im Aargau, stellt sich eine Dorfbevölkerung der Monopolistin entgegen. «Rütihard, kei Loch - Ende der Durchsage», sagte der Muttenzer Bürgerpräsident Hans-Ulrich Studer neulich, sei die unverrückbare Haltung der Rütihard-Bohrgegner. Woher rührt dieser vehemente Widerstand?

Mitte März dieses Jahres stand in Muttenz Ruedi Brunner auf. Die Nachricht, auf seinem liebsten Stück Pachtland würde ab 2025 für die nächsten 50 Jahre Salz gefördert, erschütterte ihn. Über Nacht wendete sich Brunner an die Öffentlichkeit; im Internet formierte sich der Dorfwiderstand «Rettet die Rütihard». Seit nunmehr drei Monaten bringt diese Bewegung die Schweizer Salinen in die Breddouille. Bislang fruchteten ihre Versuche nicht, die Bevölkerung mit Fakten über den Salzabbau aufzuklären. Die Öffentlichkeitsarbeit des Salz-Monopolisten kühlt die polemische Stimmung in der Causa Rütihard nicht ab. Im Gegenteil - die Meinungen sind gemacht.

Für die Salinen kam der heftige Aufstand gegen ihre Pläne überraschend. Beinahe zwei Jahrhunderte förderten die vormals als Rheinsalinen bekannten Werke Salz,

und kaum jemand nahm Notiz davon. Einzig Salzengpässe im Winter sorgten für Diskussionsstoff. In einer Medienmitteilung informierten die Schweizer Salinen 2016, die Muttenzer Rütihard werde in den Fokus der Salzabbaupläne rücken. Es gab kein mediales Echo. Nie rührte sich jemand, während die Saline jahrzehntelang Sole aus den Tiefen des Baselbiets förderte. Auf der Rütihard ist jetzt alles anders.

Urs Hofmeier rätselt seit Wochen über die Gründe für den Rütihard-Widerstand. Der Geschäftsführer der Schweizer Salinen fragt sich, ob es ein gesellschaftliches Phänomen ist, das sich schweizweit wiederholt. «Die Leute wollen sichere Strassen und störungsfreie Mobilität, aber die Rohstoffe sollen bitte anderswo abgebaut werden», gab Hofmeier im April gegenüber der NZZ zu Protokoll. Auf einer Metaebene mag diese Tendenz stimmen. In der zusehends zersiedelten Schweiz nimmt der Dichtestress zu, die Bevölkerung schreit zusehends nach Landschaftsschutz. Für den Fall Rütihard gibt es jedoch dezidierte Gründe, welche den Salzstreit erklären lassen.

Die Saline habe die Bevölkerung in Rücksprache mit der Bürgergemeinde als Landbesitzerin so informieren wollen, wie sie es immer pflegte. Es war eine defensive Informationspolitik, weil die Öffentlichkeit nie nach mehr Neuigkeiten schrie. Wer den Geschäftsbericht 2016 der Schweizer Salinen durchliest, findet den klein gedruckten Hinweis auf die geplante Salzgewinnung unter der Rütihard. In der schlaflosen Nacht auf den



Yann Schlegel
Selbst ein besserer Informationsfluss hätte den Salzstreit um die Rütihard kaum verhindert.

18. März entdeckte Landwirt Brunner diesen Abschnitt. Sie beseitigte seine letzten Zweifel nach der Bürgerrats-Information. Er war überzeugt: Ab 2025 will die Saline Schweizerhalle auf der Rütihard Salz fördern. In den 80er-Jahren hatte die Saline gemäss mehreren Personen im Dorf verlauten lassen, die Salzvorkommen auf der Rütihard seien nicht abbauwürdig. Aus den geologischen Berichten zu den Sondierbohrungen von 1953 und Mitte der 80er-Jahre gehen jedoch gemäss Saline-Geologe «schöne Salzvorkommen» hervor. Das Gefühl, die Saline wolle ihre Pläne nicht offenlegen, hatte sich festgesetzt und verstärkte die «Rettet die Rütihard»-Bewegung von ihrer Geburtsstunde weg. Zu einem gewissen Teil ist die Informationslage im Ungleichgewicht, weil die Salinen schon ewig das Monopol innehaben. Mangels Konkurrenz konzentriert sich das Wissen über den Salzabbau auf wenige Personen.

Der Salzstreit von Muttenz widerspiegelt auch, inwiefern die Bürgergemeinde als Personalkörperschaft kein zeitgemässes Konstrukt mehr ist. Wie Hans-Ulrich Studer festhielt, ist die Bürgergemeinde als Landbesitzerin nicht der Gesamtbevölkerung verpflichtet. Rund 3300 Bürger zählt die Muttenzer Bürgergemeinde. Die Rütihard als Allmendgut, also für alle Menschen zugängliches Naherholungsgebiet, interessiert jedoch auch Nicht-Bürger. Ein Fakt, der im Zusammenhang mit den Salz-Bohrungen zusätzlichen Zündstoff birgt und vom Bürgerrat nicht genügend berücksichtigt wurde. Eine bessere Absprache mit der Einwohnergemeinde hätte hilfreich sein können.

Indes, ein besserer Informationsfluss hätte den Salzstreit um die Rütihard kaum verhindert. Es gibt Aspekte, die erklären könnten, weshalb der Widerstand auf der Rütihard für die Salinen ein Novum darstellt. Dort, woher in den letzten fünfzig Jahren die Sole Richtung Schweizerhalle floss, sind die Bedingungen anders als auf der Rütihard. In den Gebieten Sulz, Grosse Zinggibrunn, Zinggibrunn und Warthenberg besass die Saline viele Landparzellen. Sie hatte keine Widersacher, konnte eigenmächtig handeln. Zudem ist diese Gegend weitab von den Wohnzentren in Pratteln und Muttenz nur dünn besiedelt. Beschwerden wie jene der Wirtin im Restaurant Eggli-Graben blieben die Ausnahme. In Möhlin sieht die Gemütslage ganz anders aus: Obwohl die Salinen ein Kavernenfeld in Dorfnähe neu erschliessen, gebe es keine Reklamationen.

Die vielen Ungewissheiten schaffen Misstrauen: Muttenz will seine grüne Lunge Rütihard nicht hergeben. Fragen der Bevölkerung zu den Auswirkungen der Salzbohrungen auf den geologischen Untergrund beantworteten die Salinen bislang unbefriedigend. Es bahnt sich ein langatmiger Diskurs ab. Die Salinen wollen an ihren Rütihard-Plänen festhalten. «Wir nehmen uns Zeit, den Dialog zu führen», sagt Hofmeier. Ohnehin muss der Salz-Monopolist einen Weg gehen, wie er ihn bislang nicht kannte. Den Rütihard-Bohrgegnern kommt entgegen, dass die Konzession 2025 ausläuft. So haben die Salinen neben dem Salzstreit zur Rütihard eine zusätzliche Hürde zu nehmen.

📧 yann.schlegel@azmedien.ch

Erschwinglicher Wohnraum für alle

Regierung lehnt SP-Wohninitiative ab

Die Baselbieter Regierung hat gestern einen Entwurf zu Änderungen der Wohnbau- und Eigentumsförderung vorgelegt. Gleichzeitig beantragt sie dem Landrat, die Initiative «Wohnen für alle» abzulehnen. Nicht unterstützen könne sie zwei zentrale Forderungen der Initiative «Wohnen für alle», schreibt die Regierung in einer Mitteilung. Dabei gehe es um die Forderung nach einer aktiven Wohnpolitik und jener nach Beratungsstellen.

Eine stärkere staatliche Einbindung in den Wohnungsmarkt, etwa durch den systematischen Kauf von Arealen durch den Kanton und deren Abgabe im Baurecht, lehne die Regierung ab. Die vor drei Jahren von der SP Basel-

land eingereichte Initiative «Wohnen für alle» verlangt vom Kanton ein tatkräftiges Engagement für eine regional koordinierte Siedlungspolitik, die erschwinglichen Wohnraum für alle schafft und die Ressourcen schont. Nötig seien dazu eine Reihe von Massnahmen. Die Sicherung der Finanzierung von gemeinnützigem Wohnen soll unterstützt und Baubrachten sollen umgenutzt werden. Zudem sollen Daten zur Wohnsituation erhoben und Beratungsstellen eingerichtet werden, verlangt das Volksbegehren der SP.

In die Vernehmlassung geschickt hat die Regierung eine Totalrevision des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung. Diese ist Folge ei-

ner im Februar 2014 an der Urne angenommenen weitreichenden Verfassungsänderung. Ausgebaut werden sollen die Bausparbeiträge.

Neu sollen zudem Projektentwicklungsdarlehen sowie Informations- und Beratungsdienstleistungen für Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus finanziell unterstützt werden. Auch das Instrument der Bürgschaften für den gemeinnützigen Wohnungsbau soll auf gesetzlicher Ebene ausgebaut werden.

Aufgrund der Marktsituation sei derzeit aber noch nicht vorgesehen, einen entsprechenden Finanzierungsbeschluss zu beantragen, schreibt der Regierungsrat weiter. (SDA)

INSERAT

Publireportage

Gemeinsam dem Schmerz begegnen Ambulantes Rehabilitationsprogramm bei chronischen Schmerzen

Lang anhaltende Schmerzen schränken die Lebensqualität massiv ein und können bis zur Arbeitsunfähigkeit führen. Nach heutiger Erkenntnis bringt ein multimodaler Therapieansatz die besten Resultate bei der Prävention oder Behandlung von chronischen Schmerzen.

Wie wird Schmerz überhaupt wahrgenommen?

C. Reimann: Die Schmerzforschung hat in den letzten Jahren viele neue Erkenntnisse gebracht. So entsteht der Schmerz nicht im verletzten Gewebe selbst, er ist vielmehr eine Gefühlswahrnehmung wie Freude oder Angst auch. Diese Wahrnehmung wird von verschiedenen Hirnarealen mit beeinflusst, so unter anderem vom Emotionszentrum, dem Erinnerungs- und dem Denkzentrum.

Wann spricht man von chronischem Schmerz?

C. Reimann: Bei einer akuten Verletzung dient der Schmerz in erster Linie als Schutz, um unseren Körper vor weiterem Schaden zu bewahren. Bleiben Schmerzen länger, als es dem Heilungsprozess förderlich ist, bestehen, kommt es zu Veränderungen und Anpassungen im zentralen Nervensystem. Das Gehirn erlernt den Schmerz sozusagen, man spricht hier auch vom Schmerzgedächtnis. Der Schmerz verfestigt sich und wird zur eigentlichen Krankheit, dem chronischen Schmerz.

Was kann man tun, wenn der Schmerz sich chronifiziert hat?

C. Reimann: Die gute Nachricht ist, das Schmerzgedächtnis kann wieder «umtrainiert» werden. Da das Schmerzempfinden komplex und vielschichtig ist, wird dazu ein multimodaler Ansatz empfohlen. Ein aktives Bewegungsprogramm sorgt dafür, Kraft und Ausdauer der Muskulatur aufzubauen, Gelenke zu stabilisieren und das Gewebe ausreichend mit Blut und Nährstoffen zu versorgen. Genauso wichtig wie Bewegung, d.h. die Anspannung des Körpers, ist auch seine Entspannung. Die Erholung ist eine wichtige Voraussetzung für die körpereigenen Regenerationsprozesse. Hier können z.B. Progressive Muskelentspannung oder Hypnose eine grosse Unterstützung zur verbesserten Körperwahrnehmung bieten. Darüber hinaus sollten Betroffene lernen, wie Schmerzen entstehen, wodurch sie beeinflusst werden bzw. wie sie mittels sogenannter Copingstrategien im Alltag erträglich werden.

Wie sieht so ein ambulantes Rehabilitationsprogramm in der Salina aus?

C. Reimann: Das Salina-TarReha-Konzept bietet PatientInnen in einem ambulanten Setting mit Tagesstruktur täglich Einzel- und Gruppentherapien aus verschiedenen Fachbereichen, u. a. Physiotherapie, Psychologie, Ernährungsberatung, Hypnose, Akupunktur. Das intensive Programm wird ärztlich betreut und findet 4-mal jährlich statt. In der Gemeinschaft erlernen die PatientInnen, sich nicht vom Schmerz beherrschen zu lassen, sondern ihm aktiv im Alltag zu begegnen.



Cornelia Reimann ist Physiotherapeutin in den Salina-Therapien im Parkresort Rheinfelden. Gemeinsam mit Dr. Beatrix Eiche und Alexandra Thordaj stellt sie im Fachvortrag «Gemeinsam dem Schmerz begegnen» das Salina-TarReha-Programm vor.

Der Vortrag findet am 14. 6. 2018 um 17.30 Uhr im Park-Hotel am Rhein (Plenarsaal) statt. Eintritt kostenlos.

Anmeldung erforderlich
via sekretariat.fachaerzte@parkresort.ch
oder unter Tel. 061 836 67 34.

Weitere Informationen:
Tel. 061 836 67 36
www.salina-reha.ch/schmerz-rueckenzentrum



Rehaklinik Fachärzte Therapien
im Parkresort Rheinfelden
www.salina-reha.ch



Eingeweiht Regierungsrat Isaac Reber (links), Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger (Mitte) und Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro freuen sich über den erneuerten Vorplatz beim Regierungsgebäude. Dieser wurde gestern mit einer kleinen Feier eingeweiht. Der Kanton liess den Vorplatz für rund 340 000 Franken umgestal-

ten. Der zum Stedli hin liegende Eingangsbereich zum Regierungsgebäude diente bereits in der Vergangenheit regelmässig als Kulisse für Fototerminer mit Regierungsräten oder zur Übergabe von Initiativen und Petitionen. Diesen Vorplatz kann der Kanton nun künftig noch stärker bespielen.

FOTO: YANN SCHLEGEL